

POSITIONSPAPIER

Zum Umgang mit lokalen Initiativen zum lokalen Stopp des Energiebezugs aus Russland

Berlin, 4. März 2022

Der Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) vertritt über 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit rund 283.000 Beschäftigten wurden 2019 Umsatzerlöse von 123 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 13 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 62 Prozent, Gas 67 Prozent, Trinkwasser 91 Prozent, Wärme 79 Prozent, Abwasser 45 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen durch getrennte Sammlung entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 67 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau: 203 Unternehmen investieren pro Jahr über 700 Millionen Euro. Beim Breitbandausbau setzen 92 Prozent der Unternehmen auf Glasfaser bis mindestens ins Gebäude. Wir halten Deutschland am Laufen – klimaneutral, leistungsstark, lebenswert. Unser Beitrag für heute und morgen: #Daseinsvorsorge. Unsere Positionen: [2030plus.vku.de](https://www.vku.de/2030plus).

Interessenvertretung:

Der VKU ist registrierter Interessenvertreter und wird im Lobbyregister des Bundes unter der Registernummer: R000098 geführt. Der VKU betreibt Interessenvertretung auf der Grundlage des „Verhaltenskodex für Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter im Rahmen des Lobbyregistergesetzes“.

Verband kommunaler Unternehmen e.V. · Invalidenstraße 91 · 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-0 · Fax +49 30 58580-100 · info@vku.de · www.vku.de

Die Bürger vor Ort wollen Verantwortung übernehmen

Angesichts des brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf die Ukraine fordern vielerorts Initiativen, den Bezug von Energieträgern aus Russland proaktiv zu beenden. Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen haben größtes Verständnis, dass sich Bürgerinnen und Bürger vor Ort für dieses Anliegen engagieren und die Sanktionen gegen Russland lokal unterstützen wollen. Die Städte, Landkreise, Gemeinden und kommunalen Unternehmen sehen sich in der Verpflichtung, i. S. dieser großen Solidarität für die Ukraine zusammen mit der Bundesregierung und den europäischen Partnern Verantwortung in der aktuellen Situation zu übernehmen.

Unabhängigkeit von Energiebezügen aus Russland und die Rolle Versorgungssicherheit

Derzeit besteht eine hohe Abhängigkeit von fossilen russischen Energielieferungen. Sie muss auch angesichts der neuen politischen Lage so schnell wie möglich reduziert werden. Dieses Ziel muss Vorrang auch vor betriebswirtschaftlichen Erwägungen haben. Die Verbände unterstützen daher die europäische Sanktionspolitik vorbehaltlos. Damit diese im Interesse der Ukraine hilft, die Kampfmaßnahmen zu beenden, kommt es allerdings entscheidend darauf an, gemeinsam und abgestimmt die richtigen Entscheidungen zu treffen. Dabei besitzt auch die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa hohe Priorität. Sie bildet eine wesentliche Grundlage für die geschlossene europäische Antwort auf die russische Aggression und ist Voraussetzung für zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen humanitärer und ökonomischer Art für die Ukraine.

Auf ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen kommt es an

Die Verbände sind überzeugt, dass eine wirksame Reaktion auf die russische Aggression nur in enger Abstimmung zwischen den nationalen und europäischen Partnern erreicht werden kann. Keine Kommune in Deutschland und kein Stadtwerk kann unabhängig für sich agieren. Die meisten kommunalen Energieversorger unterhalten keine direkten Vertragsbeziehungen zu russischen Unternehmen. Die Gasbeschaffung auf den internationalen Handelsmärkten findet zu einem großen Teil über mehrere Stufen mit verschiedenen Vorlieferanten oder auch ohne direkten Bezug zum Verkäufer über die Energiebörse statt. Getrennt vom Handel ist zusätzlich der Gastransport zu betrachten. Vielfach ist praktisch nicht feststellbar, ob es sich um Erdgas russischer Herkunft handelt. Auch sind bei laufenden Verträgen, die zumeist inländische Partner betreffen, vertragliche Obliegenheiten zu berücksichtigen. Zudem ist die Energiewirtschaft stark vernetzt. Eine unkoordinierte, dezentrale Vorgehensweise könnte die Versorgung in Deutschland und Europa gefährden.

Vor allem aber muss im Interesse einer glaubwürdigen und effektiven Antwort des Westens jeder Anschein von Uneinigkeit und unterschiedlichen Vorgehensweisen vermieden werden. Umso mehr kommt es gerade auch in der Energiepolitik darauf an, dass wir weiterhin gemeinsam und geschlossen agieren.

Der Beitrag der kommunalen Energiewirtschaft

- **Transparenz** – Die kommunale Energiewirtschaft hat bereits damit begonnen zu untersuchen, wo und in welchem Maße Abhängigkeiten von russischer Energie bestehen und in welchen Zeiträumen Energielieferungen ersetzt werden können. Auf dieser Basis können und müssen schnell Alternativen entwickelt werden, die sich in die nationale und europäische Strategie einbetten.
- **Langfristige Sicherheit** – Neben dem Verzicht auf russische Energieträger wie Gas, Kohle und Öl geht es auch um die Sicherstellung der Versorgung insbesondere im nächsten Winter. Hierfür werden Umstellungen im Energieverbrauch und bei den Bezugsquellen und ihrer Logistik nötig, was erhebliche, auch preiswirksame Herausforderungen beinhaltet. Die Verbände bringen sich daher bereits jetzt aktiv in die Diskussion über den Aufbau von Reserven für Kohle und Erdgas sowie über den Ersatz und die Diversifizierung der Herkunftsmärkte ein.
- **Wechselwirkungen beachten** – Kein Energieträger kann isoliert betrachtet werden. Kohle kann i. T. Erdgas in der Stromerzeugung ersetzen, doch nicht jedes Kraftwerk kann von heute auf morgen andere Kohle einsetzen. Wärme wird vielfach hocheffizient gekoppelt zusammen mit Strom erzeugt, weswegen lokal oft beide zusammen betrachtet werden müssen. Der verminderte Einsatz eines Brennstoffes kann den Aufbau von Lagerbeständen vor dem Winter unterstützen. Mancher Industrieverbraucher kann teilweise auf Öl ausweichen. Die kommunale Energiewirtschaft bringt ihr Know-how ein, um die Bundesregierung bei der Suche nach einem Weg zu unterstützen, um möglichst schnell und flexibel die Abhängigkeit von russischen Energiequellen abzubauen und die Versorgungssicherheit der Menschen vor Ort zu gewährleisten.
- **Lastenteilung vornehmen** – Um die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu vermindern, ist es notwendig, den Energieeinsatz insgesamt i. S. einer höheren Versorgungssicherheit zu verändern. Mögliche preisliche Effekte und rechtliche Herausforderungen daraus sollten nicht auf einzelne Unternehmen und deren Kunden verlagert werden. Zugleich muss beachtet werden, dass Ersatzlieferungen derzeit nicht nur zu deutlich höheren Kosten organisiert werden müssen, sondern es stellt sich die Frage, ob sie überhaupt verfügbar sind.
- **Lokale Aktion fördern** – viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen fragen sich aktuell, wie sie einen Beitrag leisten oder wie sie sich auch langfristig vorbereiten können auf mögliche Folgen der Krise. Hierbei können auch lokale Effizienzinitiativen und entsprechende Netzwerke, wie z. B. die Initiative Energieeffizienz- und Klimaschutznetzwerke einen wichtigen Beitrag auch im Interesse des Klimaschutzes leisten.